



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Klaus Stöttner, Steffen Vogel CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/29600, 18/29944

Abwanderung der Chemieindustrie stoppen und neue Abhängigkeiten verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei der derzeit im EU-Chemikalienrecht geplanten Regulierung der Per- und Polyfluoralkylsubstanzen (PFAS) auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass dadurch der Hightech-Standort Europa und insbesondere Bayern nicht bedroht wird.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich dazu auf Bundes- und Europaebene für eine sachgerechte und risikobasierte Differenzierung einzusetzen und insbesondere dafür, dass die für eine Vielzahl industrieller Produkte und Anwendungen unverzichtbare Gruppe der 38 Fluorpolymere, die auch von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als weniger bedenkliche Werkstoffe klassifiziert sind, von der undifferenzierten PFAS-Gruppenregulierung ausgenommen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident